

Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen und Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus Krankenhäusern der gesamten Bundesrepublik beschließen auf der Krankenhauskonferenz der Gewerkschaft ver.di in Berlin folgenden Appell an die Politik:

Berliner Appell für eine gesetzliche Personalbemessung

Wir Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen und Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus Krankenhäusern in ganz Deutschland schlagen Alarm. Trotz hohem Engagement der Beschäftigten in den Krankenhäusern ist die Arbeitsmenge nicht mehr zu bewältigen. Unserem eigenen Anspruch an gute Behandlung und Versorgung können wir nicht mehr gerecht werden. Die vorliegenden Studien dürfen nicht ignoriert werden. **Die Sicherheit der Patienten ist gefährdet.**

In den deutschen Kliniken gibt es erhebliche Probleme, Nachwuchs für die ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Berufe zu gewinnen. Ursächlich sind die Arbeitsbedingungen. Auszubildende in der Pflege bekommen keine ausreichende Praxisanleitung. Reinigung und Küche haben Not, mit immer weniger Personal die geforderten Standards zu erfüllen. Mangelnde Hygiene kostet Leben.

Die Arbeitsbelastung unserer Kolleginnen und Kollegen schadet der eigenen Gesundheit. In den Kliniken fehlen 162.000 Vollzeitbeschäftigte, darunter allein 70.000 Pflegefachkräfte. Kein Akteur im Gesundheitswesen leugnet die Diagnose: dramatischer Personalmangel.

Politik muss unverzüglich handeln!

Bund und Länder bereiten derzeit eine Krankenhausreform vor. Wir appellieren an alle politisch Verantwortlichen im Bundestag und in den Landesparlamenten: Ignorieren Sie die Personalnot in den Krankenhäusern nicht länger. **Schaffen Sie die Grundlagen, damit Patienten wieder gut und sicher versorgt werden. Sorgen Sie dafür, dass die gesetzliche Personalbemessung im Krankenhaus unverzüglich kommt und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten Rechnung getragen wird. Stellen Sie sicher, dass das erforderliche Personal entsprechend finanziert wird und nachweislich durchgängig vorhanden ist. Die Bundesländer müssen ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen und ausreichende Fördermittel für Investitionen zur Verfügung stellen.**

Bislang hören wir aus der Regierungskoalition nur von der SPD, dass die Entwicklung und Implementierung eines modernen Personalbemessungssystems in der Pflege gesetzlich verankert werden soll. Die großen Volksparteien CDU und CSU wollen das Problem aussitzen. Die Union geht davon aus, dass es der Markt schon richten werde. Dem Klinikmanagement will man keine Vorschriften machen. Dabei hat das Wettbewerbssystem in den Kliniken die kritische Situation erst herbeigeführt. Nur den Krankenhausträgern mehr Geld zu geben löst deshalb das Problem nicht.

Unsere Geduld ist zu Ende. Warme Worte für die Beschäftigten in Sonntagsreden hat es genug gegeben. Jetzt brauchen wir eine nachhaltige Lösung: **Ein Gesetz für genug Personal - sofort!**

Berlin, 14. November 2014